

(Staatsminister Graf Bixthum v. Göttsch.)

- (A) Herr Antragsteller Abgeordneter Nitschke diesen Antrag begründet hat. Ich war versucht, dem Herrn Abgeordneten Nitschke, der mich mit einer gewissen Unfreundlichkeit behandelte, entgegenzuhalten: Herr Abgeordneter, Sie wissen doch noch gar nicht, was ich sagen werde.

(Abgeordneter Günther: Aber er ahnte es! — Heiterkeit.)

Der Herr Antragsteller sprach von einem Widerstande, den die Regierung der Reform entgegensetzte, von der Passivität der Regierung, die durch ihre Passivität den Radikalismus fördere.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Der Liberalismus sei der Regierung mit den besten Absichten entgegengekommen, um so mehr müsse es ihn befremden, daß dieses ehrliche Bestreben von der Regierung so wenig gewertet werde. Alle diese Ausführungen sind mir, offen gestanden, vollkommen unverständlich gewesen. Ich weiß nicht, inwieweit ich mich mit dem Liberalismus in Widerspruch gesetzt habe.

(Abgeordneter Nitschke (Leuzsch): Schlimm genug, Herr Minister!)

- (B) Ich weiß auch nicht, inwieweit ich mich mit den Nationalliberalen in Widerspruch befinde. Ich kann konstatieren, daß ich in diesem Landtage, abgesehen von dem Widerstande, den ich der Erweiterung des Landeskulturrats entgegengesetzt habe, nicht die geringste Differenz

(Abg. Nitschke [Leuzsch]: Ich habe von allen Ressorts gesprochen!)

mit den Nationalliberalen gehabt habe. Ich kann nur glauben, daß hier eine schmerzliche Empfindlichkeit vorliegt, deren Ursache ich jederzeit gern zu beseitigen bereit wäre, wenn ich nur wüßte, wo sie läge.

(Zurufe und große Heiterkeit links und in der Mitte.)

Die Regierung ist durchaus bereit, mit diesem Hohen Hause positive Arbeit zu leisten. Sie erkennt an, daß die nationalliberale Partei in diesem Hohen Hause eine gewisse Führung hat, da sie in der Mitte steht zwischen den Konservativen einerseits und der fortschrittlichen Volkspartei andererseits und da sie dadurch in der Lage ist, verschiedene Mehrheiten zu bilden. Die Regierung hat für alle großen Gesetze, die sie bisher durchgebracht hat — ich erinnere an die Gemeindesteuerreform —, immer Fühlung mit allen Parteien des Hauses gehabt. Ich muß also diese ernst-

lichen Vorwürfe als unhaltbar bezeichnen, solange (C) mir nicht der Nachweis geliefert wird, daß ich das nötige Entgegenkommen habe vermissen lassen.

Ich komme nun zu dem Antrage selbst. Der Kern des nationalliberalen Antrags liegt in der Forderung, daß der Industrie, dem Handel und dem Gewerbe eine ihrer gegenwärtigen Bedeutung entsprechende Vertretung in der Ersten Kammer eingeräumt werde, und der Herr Antragsteller hat ja das noch damit begründet, daß er sagt, aus Gründen der Gerechtigkeit fordere er eine Vertretung der verschiedenen Berufsstände, ihrer Bedeutung entsprechend. Der Antrag deckt sich dabei wohl mit den Zielen des Verbandes Sächsischer Industrieller, welcher in seiner Eingabe vom Dezember 1911 das Verlangen gestellt hatte, daß Industrie und Handel eine Vertretung in der Ersten Kammer, „und zwar mindestens in derselben Stärke, in welcher gegenwärtig die Landwirtschaft in dieser vertreten ist, erhalten“. Es ist mir nun im vorigen Jahre sehr verdacht worden, daß ich im Jahre 1912 den Anspruch auf eine gleich starke Vertretung abgelehnt habe. Es hat mir selbstverständlich ferngelegen, bestreiten zu wollen, daß unsere hochentwickelte Industrie für unsere sächsische Volkswirtschaft der Landwirtschaft zum mindesten gleichwertig ist. Ich habe aber auf die Unmöglichkeit hinweisen (D) wollen, den Wert der verschiedenen Berufsstände zur Unterlage für die ziffernmäßige Stärke ihrer Vertretung in der Ersten Kammer zu nehmen. Die Landwirtschaft ist, wie schon oft gesagt worden ist, nicht als Berufsstand in der Ersten Kammer, sondern in Vertretung des ländlichen Grundbesitzes, in Vertretung desjenigen Personentreibes, der vermöge seines Besitzes mit dem Bestande und Gedeihen unseres Staates durch eine lange Geschichte verbunden, ein besonderes Interesse daran hat, daß sich die Entwicklung unserer staatlichen Verhältnisse unter Wahrung seiner geschichtlichen Grundlagen in einem stetigen Fortschritte vollzieht. Ich gebe aber ohne weiteres zu, daß auch die Industrie eine große Zahl von Betrieben umfaßt, deren Vertreter das gleiche Interesse haben, bei denen also auch die gleichen Voraussetzungen gegeben sind.

(Abgeordneter Dr. Zöphel: Das genügt!)

Ich gebe weiter zu, daß man, wenn man heute in Sachsen eine Erste Kammer aus roher Wurzel schaffen würde, die verschiedenen Gruppen ziffernmäßig anders zusammensetzen würde, als dies im Jahre 1831 geschehen ist. Als Realpolitiker können wir aber nicht